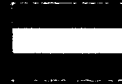




Bundesvereinigung der
Milizverbände
5010 Salzburg, Postfach 61



offener Brief an die Präsidenten des Nationalrates und die Klubobleute der Nationalratsfraktionen

1. Februar 2011

Sondersitzung des Nationalrates

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Klubobfrau, sehr geehrte Herren!

Die Bundesvereinigung der Milizverbände appelliert an alle im Nationalrat vertretenen Parteien, den unhaltbaren Zuständen im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, hervorgehoben durch den Bundesminister selbst, ein Ende zu bereiten.

Die Absetzung unseres untadeligen, höchstanerkannten und beliebten Generalstabstabschefs General Edmund Entacher für sein verfassungsmäßiges, gesetzliches und dienstrechtlich gebotenes Verhalten stellen einen Rache- und Willkürakt dar.

Der Generalstabstabschef ist für die Einsatzbereitschaft des Bundesheeres und für das Leben und die Gesundheit der ihm anvertrauten Soldaten ebenso verantwortlich, wie für die Beratung gegenüber der Politik. Er ist geradezu verpflichtet, rechtzeitig auf mögliche Konsequenzen von Ideen aus der Politik hinzuweisen und allfällige kostspielige bzw. irreversible Fehlentwicklungen aufzuzeigen. Noch immer sind die allgemeine Wehrpflicht und die milizartige Struktur des österreichischen Bundesheeres in unserer Bundesverfassung festgeschrieben. Weder die Kronenzeitung noch Bundesminister Darabos und seine allfälligen Befehlsgeber im Hintergrund können die allgemeine Wehrpflicht abschaffen, sondern nur eine 2/3-Mehrheit im Parlament. Wir alle sind auch nicht auf Herrn Mag. Darabos, sondern auf die Bundesverfassung und die Gesetze vereidigt bzw. angelobt.

Selbstverständlich akzeptiert die Bundesvereinigung der Milizverbände jede vom Parlament getroffene Entscheidung, mit oder ohne Einbindung der direkten Demokratie. Aber auch wir nehmen uns heraus, rechtzeitig unsere Meinung zu sagen und vor Fehlentwicklungen zu warnen.

Entschieden wenden wir uns aber gegen die vom Ministerbüro ausgehenden manipulativen Vorgänge zur Täuschung der Bevölkerung: falsche Zahlen, falsche Annahmen, Vortäuschen einer Miliz, die es ohne Wehrpflicht gar nicht mehr gibt usw.; und dafür werden willfährige Ressortbeamte erwartet, die ihren Kopf hinhalten, um im gegenteiligen Fall mit Absetzung bedroht zu werden. Die öffentlich vorgestellten „Alternativmodelle“ waren politische Diktate ohne jede Autorisierung durch Experten bzw. den Generalstab. Das alles ist ein Missbrauch des Amtes.

Unbeschadet dieser skandalösen Vorgänge erlauben wir uns – für den Fall des nicht freiwilligen Rückzuges von Mag. Darabos aus dem Amt des Verteidigungsministers – anzuregen, **auch die Amtsführung bzw. Amtsfähigkeit einer parlamentarischen Untersuchung zu unterziehen**. Bundesminister Darabos hat – insbesondere im Zusammenwirken mit seinem Büroleiter – ein Amtsverständnis, das an längst überwunden geglaubte Zeiten und Regime erinnert: die öffentliche Einschüchterung von 24.000 Heeresbediensteten über die APA oder die Aussage in der

ZIB 2 des ORF: „Was die Militärs denken, ist irrelevant“ zeigt, wie weit es mit der Rechtsstaatlichkeit oder auch mit der Unternehmenskultur bei Minister Darabos bestellt ist.

Es kann sich jeder vorstellen, was 30.000 aus der allgemeinen Wehrpflicht resultierend beorderte Milizsoldaten von so einem Befehlshaber halten, der in einem Einsatzfall über deren Leben entscheidet.

In hunderten Mails, Zuschriften, Anrufen etc. werden wir aufgefordert, **den totalen Vertrauensverlust** gegenüber der politischen Ressortführung öffentlich zu machen.

Auch als Verband sind wir nur enttäuscht worden. Öffentlich verspricht der Minister stets unsere Einbindung in Kommunikations- und Entscheidungsprozesse, in der Praxis ist das Gegenteil der Fall. Nach nunmehr vier Jahren wissen wir jedoch, dass es allen so geht, einschließlich den Spitzenbeamten und -offizieren im eigenen Ressort.

Der Minister zeigt keinerlei Interesse, die Position der Landesverteidigung zu stärken oder die Situation der Soldaten zu verbessern, sondern beschränkt sich auf sein Sportressort bzw. auf wenige Projekte, wie Tschad oder Burgenlandeinsatz. Der mittlerweile vierte Kommunikationschef – mit dem Vernehmen nach gigantischem Sondervertrag – kann darüber nicht hinwegtäuschen.

Wir drängen seit Jahren auf Reformen (etwa in der Bundesheerreformkommission oder für jedermann nachvollziehbar im Evaluierungsbeirat). Hier geschieht nichts Erkennbares, aber wir werden öffentlich vom Minister als „Blockierer“ und „Verhinderer“ denunziert.

Die österreichische Landesverteidigung und das Bundesheer haben das nicht verdient. Mag. Darabos hat sich mittlerweile national und international zum Gespött gemacht. Als Vertreter der österreichischen Bevölkerung im Parlament fordern wir Sie auf, diesen unerträglichen Zuständen zum Schaden des Bundesheeres und der damit im Zusammenhang stehenden Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung ein Ende zu bereiten.

Am Vorzüglichen Herrschaften

Dr. Michael Schaffer
Dr. Michael Schaffer, Bgdr
(Präsident)